

Parlamentssitzung vom 12. November 2007

Bericht und Antrag
des Gemeinderates an das Parlament
betreffend

Aktualisierte Finanzstrategie 2008-2011

1. Einleitung

Der Gemeinderat legt dem Parlament grundsätzlich alle vier Jahre eine Finanzstrategie zur Kenntnisnahme vor. Sie beinhaltet eine finanz-, wirtschafts- und steuerpolitische Ausgangslage, die Formulierung von Zielen und Massnahmen. Als Orientierungshilfen werden sowohl die absehbaren Veränderungen der Rahmenbedingungen beim Bund und Kanton als auch eine vertiefte Analyse des eigenen Gemeindehaushaltes herangezogen.

Die letzte Finanzstrategie 2006-2010 vom 9. November 2005 legte als eines der zentralen Ziele den Abbau des Bilanzfehlbetrages bis 2009 fest. Durch eine konsequente Finanzpolitik mit entsprechenden Massnahmen konnte der Gemeinderat mit Unterstützung des Parlaments dieses Ziel zwei Jahre früher, d. h. bereits Ende 2007 erreichen. Der Gemeinderat hat deshalb im April 2007 beschlossen, dem Parlament eine aktualisierte Finanzstrategie mit neuen Zielen vorzulegen.

Zum gleichen Thema sind seither verschiedene parlamentarische Vorstösse eingereicht worden (Nr. 0714 Interpellation SVP betr. aktuelle Finanzsituation der Gemeinde Köniz, Nr. 0719 Motion FDP betr. Budgetvariante mit reduzierter Steueranlage, Nr. 0721 Postulat SVP betr. Steuersenkung, Nr. 0722 Anfrage SVP betr. Zustandsliste und Sanierungspriorisierung der Gemeindeliegenschaften und -strassen).

2. Aktualisierte Finanzstrategie des Gemeinderates

Neben dem vorzeitigen Abbau des Bilanzfehlbetrags erwartet der Gemeinderat wegen der besseren wirtschaftlichen Situation, dem Zuzug neuer Unternehmen und weiteren positiven Faktoren die Bildung von Eigenkapital in Millionenhöhe bereits Ende 2007. Deshalb will er den sich abzeichnenden Handlungsspielraum zur weiteren Attraktivierung der Gemeinde als Wohn- und Arbeitsort nutzen. Er verfolgt dabei sowohl eine langfristige Entwicklung der Gemeinde mit der Finanzierung der notwendigen Gemeindeaufgaben wie auch eine Umsetzung von Entwicklungsprojekten, welche die zukünftigen Einnahmen der Gemeinde sicherstellen sollen. Gleichzeitig und als vordringliche Aufgabe will der Gemeinderat die bisherigen Sanierungsmassnahmen 2007/2008 abschliessen. Wo Nachholbedarf (Teuerung Personal, Werterhalt Strassen und Bauten) vorhanden ist, will er gezielt handeln.

3. Neue finanzpolitische Ziele im Dienste der laufenden Legislaturplanung

Der Gemeinderat hat sechs neue finanzpolitische Ziele beschlossen, welche er bei seinen zukünftigen Entscheidungen einhalten und auf deren Erreichung er hinarbeiten will. Die Ziele entsprechen einem politischen Willen und sind für den zukünftigen Handlungsspielraum bei der Aufgabenerfüllung entscheidend. Sie sind jährlich überprüfbar und beinhalten auch Meilensteine, wie den Aufbau von Eigenkapital zur zukünftigen Risikoabdeckung und Steuersen-

kung. Die aktualisierte Finanzstrategie setzt die aktuelle Legislaturplanung nicht ausser Kraft, sondern soll bis Ende 2009 die Umsetzung der vom Gemeinderat beschlossenen Legislaturziele absichern und ermöglichen. Darin hat der Gemeinderat die Perspektiven für die Entwicklung der Gemeinde in den nächsten Jahren mit folgenden Leitsätzen vorgezeichnet:

- Köniz ist sowohl Stadt und Land. Die Kombination von starken und eigenständigen städtischen Gebieten mit grossen und intakten ländlichen Gebieten ist einzigartig und soll erhalten bleiben.
- In Köniz lebt es sich gut. Ein vielfältiges, zusätzliches Angebot an attraktiven Wohnungen und Häusern in allen Preisklassen soll der Bevölkerung und Neuzuziehenden zur Verfügung gestellt werden.
- Das dezentrale Schulangebot und die familienergänzende Kinderbetreuung sollen mit gezielten Massnahmen gefördert und erweitert und das gute Sport- und Kulturangebot soll weiter aufgewertet werden.
- Verlässlichkeit und Menschlichkeit sollen in Köniz erlebbar sein, sowohl im sozialen Netz als auch im öffentlichen Raum.
- Köniz soll seine ausgezeichnete Infrastruktur, insbesondere im öffentlichen Verkehr erhalten und gezielt erweitern.
- Köniz ist ein gefragter Wirtschaftsstandort und will bisherigen und neuen Unternehmen ein noch attraktiveres Umfeld bieten und ein verlässlicher Partner sein.
- Köniz soll - gerade auch als Energiestadt - einen sorgfältigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen pflegen und eine nachhaltige Entwicklung fördern.
- Der Zusammenhalt und Gemeinsinn zwischen Bevölkerung, Politik und Verwaltung bildet die Könizer Identität. Diese soll mit einer ausgeprägten Dienstleistungsorientierung der Verwaltung, einer offenen Kommunikation und mit transparenten politischen Strukturen gepflegt werden.
- Köniz soll mit einem ausgeglichenen Finanzhaushalt seine Handlungsfähigkeit stärken, damit die bisherige moderate Steuerbelastung erhalten werden kann und Investitionen in zukunftsgerichtete Projekte möglich sind.

Antrag

Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament folgenden

Beschlussesentwurf:

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Finanzstrategie 2008 - 2011 des Gemeinderates.

Köniz, 10.10.2007

Der Gemeinderat

Beilage: Finanzstrategie 2008-2011

Finanzstrategie

2008 - 2011

Parlamentssitzung vom 12. November 2007

Inhalt

1. Zusammenfassung	3
1.1 Aktualisierte Finanzstrategie des Gemeinderates	3
1.2 Neue finanzpolitische Ziele	3
1.3 Massnahmen	4
2. Ausgangslage	4
2.1 Finanzielle Übersichten.....	4
2.2 Finanzkennzahlen.....	5
3. Analyse	5
3.1 Wirtschaftspolitische Ausgangslage	5
3.2 Steuerpolitische Ausgangslage	6
4. Baustellen Bund und Kanton Bern	7
4.1 Bund: Neuer Finanzausgleich.....	7
4.2 Kanton Bern: Zentrumslasten und FILAG.....	8
5. Analyse des Gemeindehaushaltes.....	8
5.1 Analyse des Ertrages.....	8
5.2 Analyse des Aufwandes.....	10
5.3 Analyse der Gebühren	11
5.4 Analyse der Investitionen.....	11
6. Finanzstrategie 2008 - 2011	12
6.1 Rahmenbedingungen	12
6.2 Finanzpolitische Ziele	12
6.3 Strategie des Gemeinderates	13
6.4 Fortsetzung des Gemeindelobbyings	14
6.5 Moderate Gemeindeentwicklung	14
6.6 Sanierung abschliessen.....	14
6.7 Verbesserung der Attraktivität der Gemeinde	14
7. Finanzplan 2008 - 2011	15
7.1 Finanzplan	15
7.2 Neue Führungsinstrumente: IAFP	15

1. Zusammenfassung

Die Gemeinde Köniz wird dank einer konsequenten Finanz- und Standortpolitik, die zu Steuermehreinnahmen, ausserordentlichen Erträgen und einer kontrollierten Entwicklung der beeinflussbaren Ausgaben geführt hat, den Bilanzfehlbetrag Ende 2007 ganz abbauen. Die Frist zur vollständigen Abtragung des Bilanzfehlbetrags war in der alten Finanzstrategie im Jahr 2009 angesetzt worden. Der Gemeinderat legt zudem erstmals seit 2001 für das Jahr 2008 einen Voranschlag mit Ertragsüberschuss vor. Die Verbesserung des Finanzhaushalts der Gemeinde veranlasst den Gemeinderat, sich finanzpolitisch neu zu positionieren.

1.1 Aktualisierte Finanzstrategie des Gemeinderates

Der Gemeinderat verfolgt folgende revidierte Strategie:

- Das Gemeindelobbying wird weitergeführt, um neue Risiken der Finanzlastenverschiebung oder negative Veränderungen der finanzpolitischen Rahmenbedingungen beim Bund und beim Kanton zulasten der Gemeinden abzuwenden oder zu vermindern.
- Die langfristige und moderate Entwicklung der Gemeinde mit der Umsetzung von Bauprojekten, welche zusätzliche, wiederkehrende Einnahmen der Gemeinde sicherstellen (Pflege des Steuersubstrates) wird weitergeführt.
- Das Sanierungspaket 2007/2008 wird mit leicht reduzierten Sanierungsmassnahmen für das Jahr 2008 abgeschlossen.
- Der finanzpolitische Handlungsspielraum soll zur Umsetzung der Legislaturziele, zur weiteren Attraktivierung der Gemeinde, zum Ausgleich der Teuerung bei den Löhnen, zur Verbesserung der steuerlichen Konkurrenzfähigkeit und zum Werterhalt der Infrastruktur genutzt werden.

1.2 Neue finanzpolitische Ziele

Unter dem Vorbehalt, dass erhebliche negative Veränderungen der finanzpolitischen Rahmenbedingungen durch den Kanton und Bund ausbleiben und der dem Einfluss der Gemeinde entzogene Transferhaushalt sich moderat entwickelt, setzt sich der Gemeinderat zum Ziel:

- den Finanzhaushalt ausgeglichen zu halten, ohne Berücksichtigung von Sonderfaktoren wie ausserordentlichen Erträgen;
- durch Bildung von Eigenkapital von drei Steuerzehnteln mittelfristig die Schulden zu senken;
- die Steueranlage per 2010 um 0,5 bis 0,9 Einheiten zu senken, falls zwei Steuerzehntel Eigenkapital abgesichert sind.
- die steuerfinanzierten Nettoinvestitionen bedarfsgerecht zu erhöhen, wobei ein Selbstfinanzierungsanteil von 10% und ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% angestrebt wird;
- die Spezialfinanzierungen kostendeckend und ohne Bilanzfehlbeträge zu führen, wenn möglich ohne Gebührenerhöhung bis Ende 2010;
- den Teuerungsrückstand bei den Besoldungen des Gemeindepersonals etappiert und in gleichmässigen Tranchen bis 2010 auszugleichen;

1.3 Massnahmen

Die finanzpolitischen Ziele werden mit vier Massnahmen unterstützt:

- Erstens soll im Rahmen der Budgetierung 2008 ein Ertragsüberschuss von rund 1 Mio. realisiert werden (u. a. Kürzung der Investitionsquoten z. L. Steuern auf max. 9 Mio.).
- Zweitens sollen die Sanierungsmassnahmen abgeschlossen werden mit dem Zielwert von 1,6 Mio. Franken aus Einsparungen und Mehreinnahmen für das Jahr 2008.
- Drittens sind die Entwicklungsprojekte der Gemeinde zur Sicherung der zukünftigen Einnahmen voranzutreiben (Morillon, Ried, Hertenbrünnen, Rappentöri, ESP Liebefeld, Areal alte Migros, Bläuacker 2. Etappe etc.).
- Viertens will der Gemeinderat das Ausgabenwachstum unter Kontrolle halten und die Investitionsplanung trotz Erhöhung zugunsten eines verstärkten Werterhalts auf die erwirtschaftete Selbstfinanzierung ausrichten.

2. Ausgangslage

2.1 Finanzielle Übersichten

Entwicklung Laufende Rechnung/Investitionsrechnung

Zahlen in Fr. 1'000	RG 2006	HR 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Ertrag	189'673	189'859	194'861	195'374	197'123	196'155
Aufwand	189'673	184'859	193'990	191'097	195'139	197'573
Aufwandüberschuss	0	0	0	0	0	0
Ertragsüberschuss	0	5'000	871	4'277	1'984	0
Bilanzfehlbetrag (BFB)	383	0	0	0	0	1'418
Eigenkapital (EK)		5'000	5'871	10'148	12'132	10'714
Investitionsquoten (netto)	10'514	13'216	14'436	16'803	15'220	14'620

Quelle: IAFP 2008

Allgemeine Haushaltsituation

Die finanzielle Lage der Gemeinde hat sich in den letzten zwei Jahren rasch zum Besseren gewendet. Der Bilanzfehlbetrag konnte u. a. dank Ausgabendisziplin, ausserordentlichen Erträgen und höheren Steuereinnahmen zwei Jahre früher vollständig abgeschrieben werden. Der Ertrag liegt wieder über dem Aufwand. Eine Eigenkapitalquote von mehr als zwei Steuerzehnteln kann unter vorsichtigen Rahmenbedingungen gebildet werden. Die geplanten Investitionen sind gemäss dem angestrebten Selbstfinanzierungsanteil zu decken. Der Gemeinderat legt die Investitionsquoten im Budget fest.

2.2 Finanzkennzahlen

Die Finanzkennzahlen weisen in der Rechnung 2006 allesamt gute Ergebnisse auf. Für die Planjahre liegt eine vorsichtige Prognose vor, so dass die Kennzahlen etwas tiefer tendieren. Der Gemeinderat strebt in seiner Strategie als Ziel einen Selbstfinanzierungsgrad von 100% und einen Selbstfinanzierungsanteil von 10% an (für den steuerfinanzierten Haushalt).

Finanzkennzahlen	RG 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Selbstfinanzierungsgrad	149.7	79.3	72.9	80.4	83.9	59.6
Strategisches Ziel			100.0	100.0	100.0	100.0
Selbstfinanzierungsanteil	8.9	5.9	5.3	7.1	6.7	4.6
Strategisches Ziel			10.0	10.0	10.0	10.0
Zinsbelastungsanteil	1.5	1.4	1.3	1.0	1.1	0.8
Kapitaldienstanteil	9.8	8.0	6.9	6.9	8.0	7.7

Quelle: IAFP 2008 (Die Finanzkennzahlen werden auf den Seiten 12 und 13 ausführlich erläutert.)

Die strategischen Ziele werden in den Rechnungsergebnissen (2008-2011) laufend überprüft. Werden die Selbstfinanzierungsanteile nicht erreicht, so müssen zur Steuerung die Investitionsquoten angepasst werden.

3. Analyse

Der Gemeinderat hat an seiner Klausur im August 2007 eine gründliche Analyse des Finanzhaushaltes und des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes durchgeführt. Sie wird im Strategiepapier in ihrer Essenz wiedergegeben.

3.1 Wirtschaftspolitische Ausgangslage

Ausblick für die Schweiz/Kanton Bern

Die schweizerische Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Das BAK Basel Economics rechnet mit einem Wachstum in der Schweiz 2007 von 2.5 Prozent (Kanton Bern 2.0). Für das Jahr 2008 wird ein Wachstum von 2.0 Prozent (Kanton Bern 1.4) erwartet. Die Zahl der Neueintragungen ins Handelsregister im Kanton Bern¹ hat nach Angaben des Verbandes Creditreform im 2. Quartal 2007 gegenüber dem Vorjahresquartal um 1.8 Prozent zugenommen (Schweiz 9.2). Die Exporte aus dem Kanton Bern erreichten im 1. Halbjahr 2007 laut provisorischen Zahlen der Eidg. Zollverwaltung einen Wert von 6.2 Mia. CHF. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahressemester um 11.3 Prozent (Schweiz 13.2).

Periodenwachstum des BIP 1980-2010, Kanton Bern und Vergleichsgebiete

	1980-1990	1990-1995	1995-2000	2000-2005	2005-2010
Kanton Bern	1.9	1.1	1.4	1.2	1.7
Bern-Mittelland	2.2	0.7	1.3	1.2	1.9
Schweiz	2.2	1.0	2.0	1.1	2.3

Quelle: BAK (Schätzwerte bzw. Prognose, Stand Juli 2007)

¹ Konjunktur und Strukturdaten des Kantons Bern; Bulletin 3-2007 (beco Berner Wirtschaft)

Die Wohnbevölkerung nahm nach Wirtschaftsregion Bern-Mittelland zwischen 1995-2005 nur geringfügig um 0.9 Prozent zu (Kanton Bern 1.6). Interessant sind die Erwerbstätigenzahlen nach Sektoren im 2006. In der Region Bern Mittelland ist der dritte Sektor am stärksten vertreten (Verwaltungen, Versicherungen etc.)

Erwerbstätige nach Sektoren 2006

Sektoren	Bern Anzahl	Schweiz Anzahl	Bern Anteile	Bern-Mittelland Anteile	Schweiz Anteile
Sektor 1	34'065	158'805	6.0	2.7	3.7
Sektor 2	127'711	1'019'340	22.4	14.7	23.8
Sektor 3	408'116	3'112'848	71.6	82.6	72.5
Total	569'892	4'290'993	100.0	100.0	100.0

Sektor 1: Landwirtschaft / Sektor 2: Industrie, Produktion / Sektor 3: Dienstleistungen

Die Arbeitslosigkeit hat zwischen 2006 und 2007 abgenommen, in Bern um -21.5% (Schweiz -19.8%). Die Arbeitslosenquote lag am 30.6.2007 für Bern auf 1.8 (Schweiz 2.5), der letzte Höchstwert erreichte am 28.2.1997 die Marke von 4.9 (Schweiz 5.7).

Der Landesindex der Konsumentenpreise lag im Juni 2007 auf 0.6% (Veränderung gegenüber Vorjahr). Die durchschnittliche Jahreststeuerung (Inflationsrate) 1996-2006 erreichte einen Tiefstwert im Jahr 1998 von 0% und einen Höchstwert im 2000 von 1.6%. Der Jahresdurchschnitt 2006 betrug 1.1%. Die Teuerung ist für die Anpassung der Löhne und Renten von Bedeutung.

Die Prognosen der Zinssätze auf dem Geld- und Kapitalmarkt lauten für 2007(2008): 2.5% (2.5-3.0%) für die Geldmarktsätze und 3.0% (3.0-3.5%) für die Kapitalmarktsätze. Die Zinsen beeinflussen unser Budget nur langfristig, da die Geldaufnahmen mit bis zu zehnjährigen Fristen erfolgen.

Ausblick für die Gemeinde Köniz

Das jährliche Wachstum der Wohnbevölkerung ist für Köniz erfreulich. Es liegt zwischen 0,2% und 0,4%. Die Prognosen zeigen, dass Köniz über dem schweizerischen Trend und jenem des Kantons Bern liegt. Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Altersgruppen ist aber im allgemeinen Trend. Die 0 -19 Jährigen nehmen anteilmässig leicht ab, die über 65-jährigen nehmen hingegen zu. Es resultiert eine Stagnation der 20 - 64 Jährigen. Der Anteil der arbeitslosen Personen in Köniz hat gemäss allgemeinem Trend abgenommen. Saisonale Schwankungen können die Arbeitslosenzahlen kurzfristig ansteigen lassen.

Fazit:

Das wirtschaftliche Umfeld präsentiert sich freundlich. Es besteht Hoffnung auf ein moderates Wachstum, was den Spielraum im Finanzhaushalt der Gemeinde erhöhen dürfte.

3.2 Steuerpolitische Ausgangslage

Bund: Unternehmenssteuerreform II

In Vorbereitung ist die Teilbesteuerung der Dividende mit 60% statt 100% für qualifizierte Beteiligungen (Unternehmensgewinn dürfte nicht ändern, hingegen würden die Steuern aus Aktionärs-einkommen tiefer ausfallen). Zweitens ist die Anrechnung der Gewinn- und der

Kapitalsteuer bei den Kantonen zu erwähnen (reduziert die Steuerlast bei der Gewinnsteuer). Drittens sind verschiedene Entlastungen beim Kapital vorgesehen. Die prognostizierte Wirkung des gesamten Paketes auf den Gewinnsteuern liegt bei ca. -5% (Ausfall für Köniz 0,3 Mio., im Finanzplan berücksichtigt).

Kanton Bern: Steuergesetzrevision

Im Rahmen der Diskussion um die Abstimmung über die Steuerinitiative im Februar 2005 hat der Regierungsrat seine Absicht bekräftigt, punktuelle und gezielte Steuersenkungen vorzuschlagen, sobald die entsprechenden Rahmenbedingungen erfüllt sind. Die vom Grossen Rat verabschiedete Teilrevision des Steuergesetzes sieht gezielte steuerliche Entlastungen in zwei Schritten vor, und zwar knapp 290 Mio. ab dem Jahr 2008 und weitere 50 Mio. ab dem Jahr 2010 (Kanton und Gemeinden). Dank dem gezielten Gemeindelobbying konnte die Wirkung für die Gemeinden auf das Jahr 2009 verschoben werden. Der Teilrevision des Steuergesetzes wurde inzwischen ein Volksvorschlag mit reduzierten Steuerentlastungen entgegengestellt, über den voraussichtlich im Februar 2008 abgestimmt wird. Die Steuerentlastungen gemäss Grossratsbeschluss sind in den Finanzplanzahlen ab 2009 berücksichtigt (2008 keine Folgen für die Gemeinden. 2009 Steuerprognose, abzüglich 5% Ausfall StG-Revision, Ausfall für Köniz: 4-5 Mio.).

Gemeinde Köniz

Die Gemeinde Köniz hat zwei markante Steuersatzänderungen hinter sich. Die Senkung der Anlage im Jahre 2002 infolge veränderter Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden mit Inkrafttreten des neuen Finanz- und Lastenausgleichs mit gleichzeitiger Umsetzung der letzten Steuergesetzrevision des Kantons mit weiteren Steuerreduktionen und die Steueranlageerhöhung der Gemeinde um 0,9 Zehntel auf 1,54 im Jahr 2003.

Um den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen ist eine Steueranlage von 1.45 erforderlich, was die regionale Attraktivität erhöhen würde.

Fazit Bund/Kanton:

Die Steuerbelastung in der Gemeinde Köniz wird nach Annahme der Unternehmenssteuerreform II und der kantonalen Steuergesetzrevision ab 2008 sinken. Die Wahrscheinlichkeit weiterer Steuersenkungen des Bundes und des Kantons mit Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt wird als eher klein eingeschätzt. Erhöhungen sind im heutigen Umfeld nicht wahrscheinlich, nachdem sich die öffentlichen Haushalte ums Sparen bemühen und das wirtschaftliche Umfeld sich freundlicher präsentiert.

Fazit Köniz:

Nachdem der finanzielle Handlungsspielraum wiederhergestellt ist besteht für die Gemeinde Köniz die Chance, die Steuerbelastung bei den Gemeindesteuern zu verbessern.

4. Baustellen Bund und Kanton Bern

4.1 Bund: Neuer Finanzausgleich

Der Kanton Bern dürfte statt 960 nur 880 Mio. aus dem NFA erhalten. Er belegt in der Steuerkraft Rang 17 und ist somit stärker geworden. (BZ 21. Juli 2007). Der Gewinn pro Saldo reduziert sich auf 30 statt 80 Mio. Bleibt die Frage: Wie kompensiert der Kanton diese 50 Mio. Einbusse? Der Regierungsrat geht davon aus, dass „zumindest ein Teil“ dank besserer Konjunktur durch höhere Steuereinnahmen wettgemacht wird.

4.2 Kanton Bern: Zentrumslasten und FILAG

Die Abteilungen gemäss FILAG (inkl. Zentrumslasten) werden bis 2012 einen Zuwachs von ca. 6 Mio. oder ca. 3% pro Jahr verzeichnen. (wird laufend im Finanzplan aktualisiert). Ein Steuerzehntel beträgt zurzeit 6.3 Mio.

- Durch den höheren Steuerertrag verstärken sich auch die Zahlungen in den direkten Finanzausgleich.
- Lastenausgleich Lehrerbesoldungen; div. Gehaltsklassenanpassungen.
- Lastenausgleich Sozialhilfe: Kostenwachstum bei der Sozialhilfe und EL (Kostenverschiebung).
- Lastenausgleich Sozialversicherung: Wegfall AHV/IV bei den Gemeinden.
- Lastenausgleich öffentlicher Verkehr; Abgeltungsmehrbedarf ab 2010 durch Angebotsbeschluss 2010-2013; d. h. Verschiebung Bund auf Kanton und Gemeinden durch pro Kopf Beiträge.

Grössere Baustellen FILAG 2012

- Finanzausgleich im engeren Sinne wird verstärkt.
- Massnahmen für Gemeinden mit Zentrumsfunktionen werden geprüft. (Neue Berechnung mit neuer Kostenstruktur und Einbezug anderer Städte).
- Neues Finanzierungsmodell der Volksschule.
- Lastenausgleich Sozialhilfe: es muss mit dem Wegfall des Lastenausgleichs bei der institutionellen Sozialhilfe gerechnet werden, wobei ein Soziallastindex zur Abfederung der finanziellen Folgen bei den Gemeinden eingeführt werden soll.

Prämienverbilligung der Krankenkassen

Der Regierungsrat verfolgt zurzeit eine Revision der Prämienverbilligung der Krankenkassen. Er beabsichtigt die Prämienverbilligung für Sozialhilfe - und EL-Bezüger neu dem Lastenausgleich nach Sozialhilfegesetz zu belasten. Dies würde in der Gemeinde Köniz einen Kostenschub von 2,2 Mio. ab 2010 verursachen. Die Gemeinde Köniz ist zusammen mit dem Bernischen Gemeindeverband VBG gegen diese Revision angetreten. Dieses Gemeindelobbying hat zu einer entsprechenden überparteilichen Motion im Grossen Rat geführt und vorläufig zur Sistierung der Revision durch den Regierungsrat.

Fazit:

Für die Gemeinde Köniz sind die Massnahmen von Bund und Kanton insbesondere in folgenden Bereichen spürbar: NFA des Bundes, Kantonaler Finanz- und Lastenausgleich, Beitrag an den öffentlichen Verkehr, Revision Strassengesetz, Beitrag an EL, Sozialhilfe und Lehrerbesoldungen. Die Entlastung von über 6 Mio. Franken bei den Sozialversicherungen ab 2009 wird durch Mehrausgaben in den genannten Gebieten kompensiert. Abgesehen vom zurzeit ungewissen Ausgang der Reform der Prämienverbilligung bei den Krankenkassen ist erst ab 2012 mit der Möglichkeit neuer Kostenüberwälzungen zulasten der Gemeinden zu rechnen.

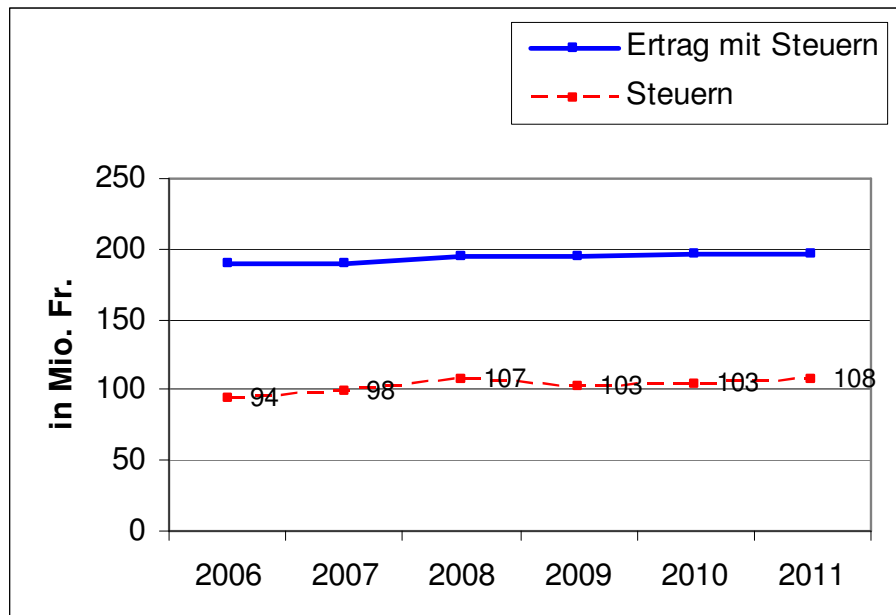
5. Analyse des Gemeindehaushaltes

5.1 Analyse des Ertrages

Der Ertrag der Gemeinde Köniz wird 2010 die Marke von 200 Mio. Franken knapp erreichen. Davon entfallen rund 50% auf Steuergelder. Letztere nehmen von 93.8 auf 108.2 Mio. zu.

Berücksichtigt sind die Wirkungen der Steuergesetzrevision des Kantons im Jahre 2009 und der Unternehmenssteuerreform II des Bundes. Es wurde eine vorsichtige Prognose erstellt.

Entwicklung Ertrag/Steuern 2006-2011



Analyse Steuern

- | | |
|-----------|---|
| Stärken | - Siedlungsprojekte als Erfolgsfaktor für Neuansiedlungen von Firmen und Einwohnern |
| | - Gute Steuerstruktur Natürliche Personen (NP) |
| Schwächen | - Schwache Einflussnahme auf Steuergesetzgebung |
| Neutral | - Steueranlage 1,54 |
| Chancen | - Attraktive Steuerbelastung Juristische Personen (JP) |
| | - Neue Unternehmen mit grossem Gewinnpotential! |
| Gefahren | - Konjunkturabschwächung |
| | - Massnahmen von Bund und Kanton |
| | - stets steigende Kosten im Transferhaushalt! (siehe Ziff. 4.2) |
| | - Unsicherheiten und mögliches Klumpenrisiko bei den Steuererträgen der JP |

Die Steuern der JP sind sehr eng zu verfolgen. Entsprechend dem wahrscheinlichen Realisierungsprinzip ist die Budgetierung und Finanzplanung vorsichtig anzugehen. Für den Voranschlag 2008 bedeutet dies, dass die zu erwartenden Einnahmen bei den Gewinnsteuern vorsichtiger zu budgetieren sind als im Finanzplan, der zusammen mit der Rechnung 2006 präsentiert wurde.

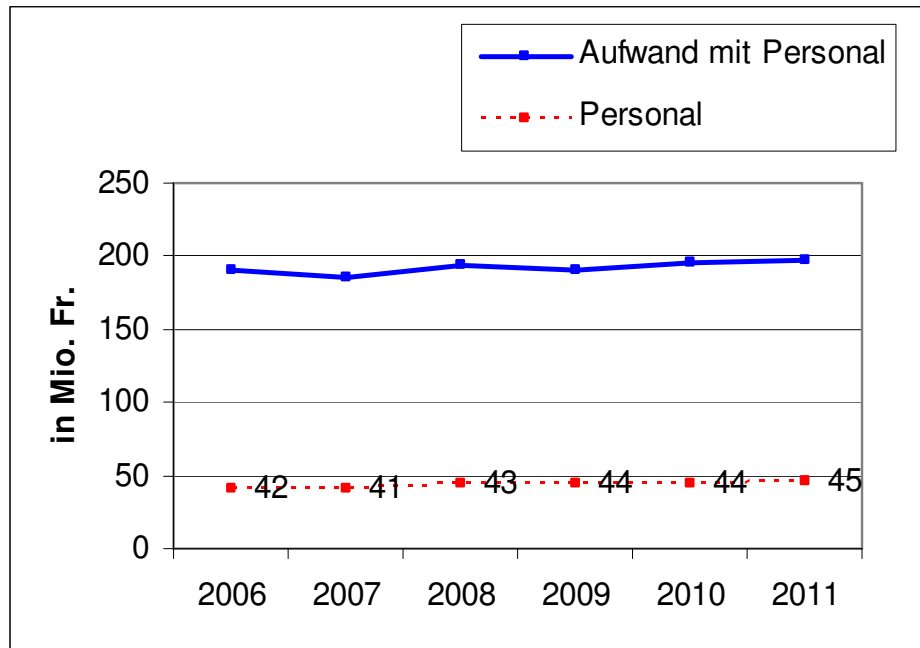
Fazit:

Die Steuerertragsprognosen für die Folgejahre werden gestützt auf neuere Erkenntnisse vorsichtig prognostiziert. Eine Steuersenkung sollte erst vorgenommen werden, wenn das Eigenkapital mind. zwei Steuerzehnteln effektiv erreicht hat. Es ist ein Eigenkapital von drei Steuerzehnteln anzustreben (Empfehlung Kanton und Berücksichtigung der Volatilität der Steuereinnahmen der iur. Personen).

5.2 Analyse des Aufwandes

Auch der Aufwand wird die Marke von 200 Mio. knapp erreichen. Der Personalaufwand ist mit einem Anteil von 22% beteiligt. Der in der neuen Finanzpolitik beabsichtigte Ausgleich der nachzuholenden Teuerung ist berücksichtigt.

Entwicklung Aufwand/Personal 2006-2011



Analyse Aufwand ohne Personal

- | | |
|-----------|---|
| Stärken | - Kontrolliertes Ausgabenwachstum bei Personal- und Sachaufwand sowie beim Kapitaleinsatz |
| | - Abbau Verschuldung ab 2007 (Tiefere Zinslasten) |
| Schwächen | - Bilanzfehlbeträge bis 2007 |
| | - Schwaches Eigenkapital ab 2008 |
| | - Transferhaushalt nicht direkt beeinflussbar! |
| | - teilweiser Nachholbedarf (Werterhaltung Infrastruktur) |
| Chancen | - Vermehrte Einflussnahme auf kantonale Lastenverteilungssysteme (Lobbying) |
| | - Prioritäten setzen in der Aufgabenerfüllung |
| Gefahren | - Konjunkturschwankungen (Zinsen, Teuerung) |
| | - NFA, FILAG, Prämienverbilligung |
| | - Transferhaushalt nimmt stärker zu als Einnahmen |

Analyse Personal

Der Gemeinderat hat im Bereich Personal eine separate Strategie in Auftrag gegeben. Es wird darum gehen, ein stärkeres personalpolitisches Instrumentarium in Richtung Personalcontrolling zu entwickeln. Im Rahmen seiner Finanzstrategie verfolgt der Gemeinderat folgende Ziele: den Teuerungsrückstand etappiert aufzuholen (Art. 9 Abs. 4 Lohnreglement) und die Anstellungsbedingungen attraktiv zu gestalten (Leistungsanerkennung, gute Pensionskassenleistungen, Weiterbildungsmöglichkeiten, etc.)

Fazit:

Die Ausgaben dürfen weiterhin nur kontrolliert wachsen. Die im Sparpaket 2007/2008 beschlossenen Massnahmen müssen nachhaltig wirken. Der Teuerungsrückstand beim Personal ist aufzuholen.

5.3 Analyse der Gebühren

Stärken	<ul style="list-style-type: none">- Attraktive Gebühren- Aufwand unter Kontrolle- Eigenkapital vorhanden
Schwächen	<ul style="list-style-type: none">- Keine Kostendeckung Abwasser, keine Bilanzfehlbeträge!- Keine Kostendeckung Abfall, Bilanzfehlbeträge ab 2008!
Chancen	<ul style="list-style-type: none">- Gezielter Ausbau der Infrastruktur
Gefahren	<ul style="list-style-type: none">- Beschwerden, Gesetzgebung

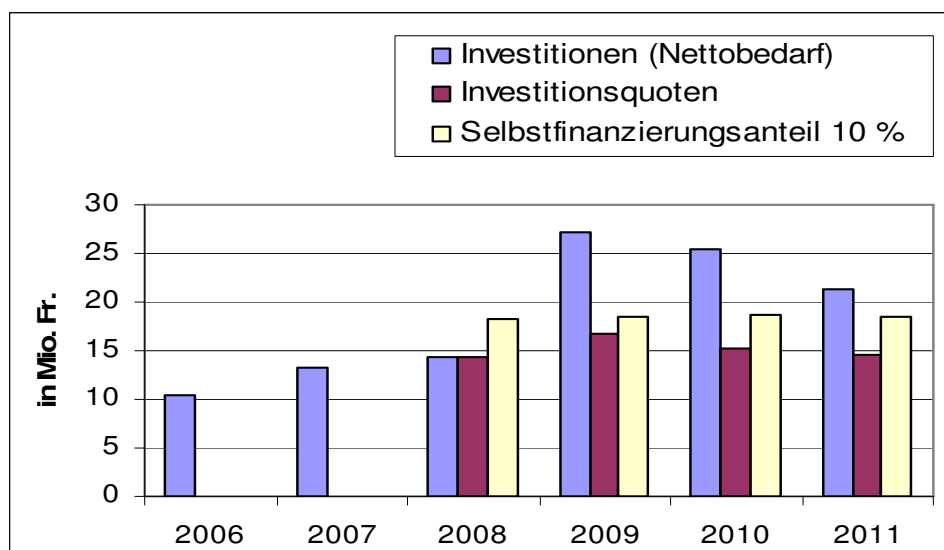
Fazit:

Die Gebühren sind kostendeckend und ohne Bilanzfehlbeträge zu bewirtschaften, wenn möglich ohne Anpassung der Tarife bis Ende 2010.

5.4 Analyse der Investitionen

Ab 2009 besteht laut Fachabteilungen neben geplanten Neuanlagen ein Nachholbedarf bei den werterhaltenden Investitionen für die Infrastrukturen (Strassen, Bauten). Im Investitionsplan (im IAFP dargestellt) wird der Nettobedarf aus der Sicht der Fachabteilungen abgebildet. Das genaue Ausmass dieses Nachholbedarfs wird vom Gemeinderat überprüft und kritisch analysiert werden. Danach werden die einzelnen Vorhaben priorisiert und bezüglich Realisierung über mehrere Jahre etappiert. Mit den Investitionsquoten legt der Gemeinderat die Prioritäten fest.

Entwicklung der Investitionen/Quoten/Anteile



Zur Bewirtschaftung der finanziellen Mittel für die Infrastruktur wurden die steuerfinanzierten (öffentliche Bauten, Strassen, Verkehrsanlagen, etc.) und gebührenfinanzierten (Abwasser, Wasser, Abfall, Feuerwehr) Investitionen nach Instandhaltung (Wertverzehr), Instandsetzung (Werterhalt) und Neubau (Wertvermehrung) gegliedert. Die sachlichen und zeitlichen Prioritäten erfolgen nach der ABC Einteilung (siehe Investitionsplan im IAFP 2008).

Der Gemeinderat steuert die Investitionen mit Quoten. Nach Durchsicht der Zustandslisten der öffentlichen Bauten und Strassen hat er die Quoten in diesen Bereichen erhöht. Im Budget 2008 wurden folgende Quoten festgelegt (z. L. Steuern: 9 Mio. / Gebühren: 5 Mio.).

Zur Bewirtschaftung der Infrastruktur legt er folgende Prioritätenordnung² vor:

- Die Werterhaltung hat oberste Priorität (Nachholbedarf objektbezogen quantifizieren).
- Wertvermehrende und Neuinvestitionen sind in eine Prioritätenordnung zu bringen, welche auch langfristige Entwicklungsprojekte der Gemeinde zulassen, welche zu neuen Ertragsquellen führen.
- Der Wunschbedarf darf erst ausgelöst werden, wenn der finanzielle Spielraum vorhanden ist (Selbstfinanzierungsanteil 10%).

Fazit:

Der Nachholbedarf bei den Investitionen ist erkannt und die Investitionsquoten sind im 2008 moderat erhöht worden. Die Entwicklung des Selbstfinanzierungsanteils und des Selbstfinanzierungsgrades sind eng zu verfolgen. Wenn die Ziele in der Finanzstrategie erreicht sind, werden die Quoten angepasst.

6. Finanzstrategie 2008 - 2011

6.1 Rahmenbedingungen

Rechtlicher Rahmen

Der Voranschlag ist so auszugestalten, dass der Finanzhaushalt ausgeglichen ist (Art. 73 GG). Ein Aufwandüberschuss kann budgetiert werden, wenn er durch Eigenkapital gedeckt ist oder wenn Aussicht auf Deckung besteht. Der Bilanzfehlbetrag muss innert acht Jahren seit der erstmaligen Bilanzierung abgeschrieben sein (Art. 74 GG). Der Gemeinderat weist im Finanzplan aus, wie der Bilanzfehlbetrag auszugleichen ist. Dieser beruht auf Sanierungsmassnahmen (Art. 75 GG) und auf realistischen Annahmen und Prognosen (Art. 66 GV).

6.2 Finanzpolitische Ziele

Grundsatz der Finanzpolitik

Die Finanzierung der Gemeindeaufgaben ist langfristig sicherzustellen (Leitbild 1993). Die Aufgaben sowie Einnahmen und Ausgaben sind aufeinander abzustimmen. Eine Prioritätenfestsetzung regelt die zeitliche und sachliche Abfolge von gebundenen Aufgaben und neuen Entwicklungsprojekten.

² Die Investitionsvorhaben für die Jahre 2008 ff weisen jährliche Nettoinvestitionssummen von über 20 Mio. Franken auf. Diese Summen müssen anlässlich der Realisierung der Finanzstrategie noch gekürzt werden. Im Finanzplan sind für die Jahre 2008 bis 2011 Jahrestanchen in der Grössenordnung von 14-16 Mio. Franken enthalten und voraussichtlich finanzierbar.

Ziele

Unter dem Vorbehalt, dass erhebliche negative Veränderungen der finanzpolitischen Rahmenbedingungen durch den Kanton und Bund ausbleiben und der dem Einfluss der Gemeinde entzogene Transferhaushalt sich moderat entwickelt, setzt sich der Gemeinderat zum Ziel:

- den Finanzhaushalt ausgeglichen zu halten, ohne Berücksichtigung von Sonderfaktoren wie ausserordentlichen Erträgen;
- durch Bildung von Eigenkapital von drei Steuerzehnteln mittelfristig die Schulden zu senken;
- die Steueranlage per 2010 um 0,5 bis 0,9 Einheiten zu senken, falls zwei Steuerzehntel Eigenkapital abgesichert sind.
- die steuerfinanzierten Nettoinvestitionen bedarfsgerecht zu erhöhen, wobei ein Selbstfinanzierungsanteil von 10% und ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% angestrebt wird;
- die Spezialfinanzierungen kostendeckend und ohne Bilanzfehlbeträge zu führen, wenn möglich ohne Gebührenerhöhung bis Ende 2010;
- den Teuerungsrückstand bei den Besoldungen des Gemeindepersonals etappiert und in gleichmässigen Tranchen bis 2010 auszugleichen;

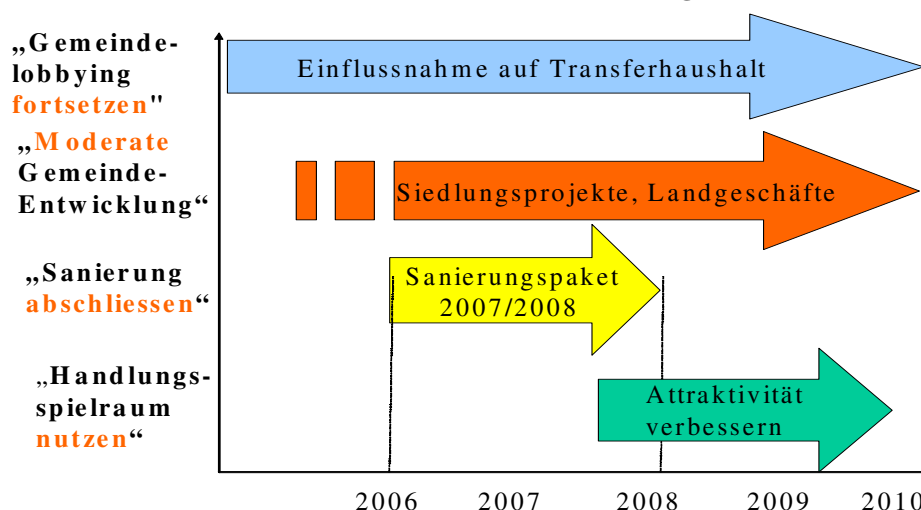
6.3 Strategie des Gemeinderates

Angesichts der mittelfristigen positiven Ergebnisse in allen Szenarien und des sich öffnenden Handlungsspielraumes wurden neue Strategien und Massnahmen entwickelt.

Die Strategien des Gemeinderates lauten:

Gemeindelobbying	Interventionen in Verbindung mit Gemeindeverbänden zur Abwehr von einseitigen Lastenumlagen des Kantons oder des Bundes auf die Gemeinden
Gemeindeentwicklung	Die strategischen Projekte zur Pflege des Steuersubstrates sind voranzutreiben.
Sanierung	Die Sanierungsmassnahmen werden abgeschlossen
Handlungsspielraum nutzen	Förderung der Attraktivierung der Gemeinde auf allen Ebenen

Aktualisierte Strategie



6.4 Fortsetzung des Gemeindelobbyings

Wie in der Analyse des Aufwandes festgestellt, haben die Transferausgaben, insbesondere in den Lastenverteilungsbereichen seit Einführung des FILAG im Jahr 2002 stark zugenommen. Der Kanton hat im Jahr 2002 wichtige Bereiche zentralisiert (Gesundheit, Mittelschulen, etc.). Diese Lastenverschiebung wurde durch eine drastische Kürzung der Gemeindesteuern verwirklicht. Die Ausgaben für die Gemeinden sollten nun der Entwicklung ihrer Steuerkraft besser entsprechen. Das Gegenteil ist eingetreten. Der Transferbereich stieg weiter an und übertraf die Steuereinnahmen wie auch die autonomen beeinflussbaren Ausgaben der Gemeinde bei weitem. Diese Entwicklung ist bei anderen Gemeinden auch eingetreten. Der Gemeinderat will sie nicht einfach hinnehmen. Er beabsichtigt, ein Gemeindelobbying zu betreiben, um in diesen Bereichen - wo es an Sparanreizen fehlt und die Standards zu hoch sind - beim Kanton zu intervenieren. Ein erster Schritt wurde bei der vorgesehenen Erhöhung der Zentrumslasten getan. Ein zweiter Schritt wurde bei der Steuergesetzesrevision mit der um ein Jahr später angesetzten Inkraftsetzung für die Gemeinden im 2009 erreicht.

6.5 Moderate Gemeindeentwicklung

Der Gemeinderat wird auch wichtige Projekte zur Entwicklung der Gemeinde vorantreiben (Ansiedlung neuer Unternehmungen durch Wirtschaftsförderungsmassnahmen, Ansiedlung neuer Einwohner durch gezielte Förderung des Wohnungsbaus, etc.). Folgende Projekte sind in die Strategie miteinzubeziehen:

- Landgeschäfte: Areal alte Migros, Hertenbrünnen, Rappentöri, Bläuacker 2. Etappe, etc.
- Entwicklungsschwerpunkte: Ried, Morillon, Dreispitz, etc.

Wachstum und Entwicklung brauchen Investitionen, welche im rollenden Investitionsplan mit klaren Prioritäten abzubilden sind. Die Investitionen für die Realisierung dieser Projekte sind bereits im Investitionsplan 2008-2011 soweit quantifizierbar vorgesehen.

6.6 Sanierung abschliessen

Das Ziel einer nachhaltigen Sanierung will der Gemeinderat Ende 2008 erreicht haben. Für die Jahre 2007/2008 wurden bekanntlich für 2 Mio. Massnahmen vorgesehen. Im Budget 2008 wird diese Tranche reduziert auf 1,6 Mio., da die Verwaltungskommission der Pensionskasse wegen des aktuellen Börsenverlaufs die Beitragskürzung rückgängig machen musste. Das Parlament wird mit dem Budget 2008 und den Rechnungsablagen 2007/2008 über die Zielerreichung informiert.

6.7 Verbesserung der Attraktivität der Gemeinde

Der Gemeinderat will die Ziele der aktuellen Legislaturplanung realisieren. Die verbesserte Finanzlage soll dies ermöglichen. Zudem wird der Gemeinderat in Bereichen mit ausgewiesenem Nachholbedarf ein kontrolliertes Ausgabenwachstum zulassen. So soll dem Personal der Teuerungsrückstand etappiert vergütet werden. Bei der Infrastruktur ist Nachholbedarf sowohl beim Strassenunterhalt als auch bei den öffentlichen Bauten sukzessive zu realisieren. Der Gemeinderat wird bei der jährlichen Festlegung der Budgets die zur Aufgabenerfüllung notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Er beabsichtigt die Steuern zu senken, sobald der Haushalt sich nachhaltig erholt hat und mind. zwei Steuerzehnteln Eigenkapital gebildet worden sind. Die Stärken bei den für Köniz im Vergleich zu Nachbargemeinden tiefen Gebühren will er möglichst lange aufrechterhalten.

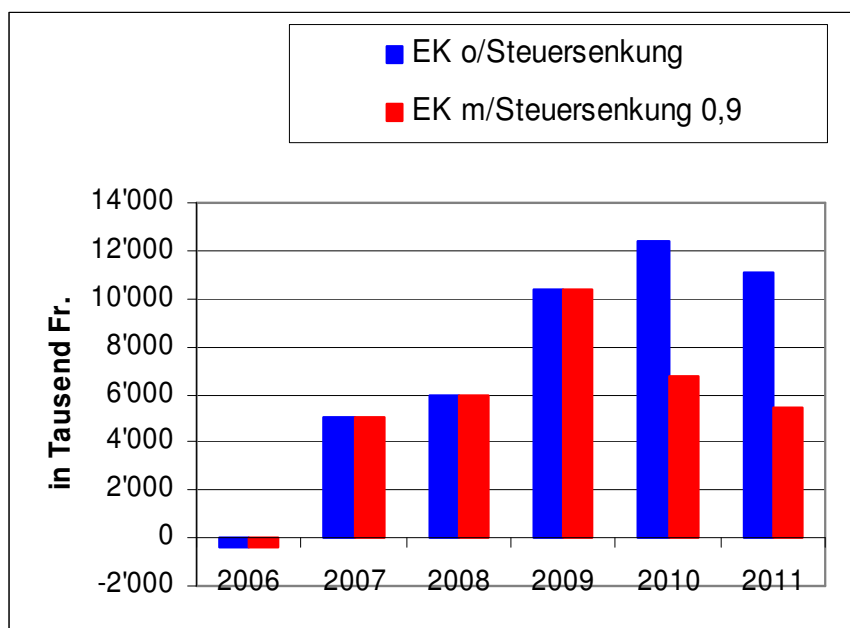
7. Finanzplan 2008 - 2011

7.1 Finanzplan

Der aktualisierte Finanzplan (neu im IAFP eingebunden) bildet die aktuelle Finanzlage der Gemeinde ab. Die Prognose für die Jahre 2008-2012 ist mit Vorsicht bezüglich Rechnungsergebnisse zu interpretieren, zeigt aber auf, dass die neuen Ziele der Finanzstrategie nicht spielend zu erreichen sind. Der Finanzplan zeigt insofern ein Szenario auf, das den Handlungsbedarf zur Zielerreichung ausweist. Er basiert auf dem Prognosestand Herbst 2007. In den vergangenen Jahren schlossen die Rechnungen stets besser ab als in den Finanzplänen prognostiziert. Die aktualisierte Finanzstrategie beinhaltet auch Risiken. Falls externe Faktoren, insbesondere der Transferhaushalt oder die Gewinnsteuern bei den Unternehmen sich schlechter als prognostiziert entwickeln, werden selbst bei grössten Anstrengungen des Gemeinderats die neuen Ziele nicht alle erreicht werden können. Dieser Vorbehalt muss angebracht werden. Die Bildung von Eigenkapital gemäss den Empfehlungen des AGR soll dazu dienen, unvorhergesehene Abweichungen zum Rechnungsziel aufzufangen (Defizitabdeckung). Ist die Risikoabdeckung ausreichend, so sind Voraussetzungen für eine Steuersenkung positiv.

In der folgenden Grafik wird die Zielsetzung des Gemeinderates in Sachen Steuersenkung auf der Basis des aktuellen Finanzplans veranschaulicht.

Entwicklung Eigenkapital ohne/mit Steuersenkung



7.2 Neue Führungsinstrumente: IAFP

Der Finanzplan wird als Entscheidungsinstrument rollend aktualisiert.

Der IAFP beinhaltet den jährlich aktualisierten Finanzplan und die geplanten Investitionen. Neu wird der Gemeindehaushalt in Produkte und Produktgruppen gegliedert und innerhalb des IAFP der Stand der Umsetzung der Legislaturziele laufend kommentiert.